



Welches Rußland?

Aus russischen Fachzeitschriften des ersten Halbjahres 2000

Falk Bomsdorf*

Das entscheidende Thema der russischen Fachzeitschriften ist auch im Jahr 2000 die Frage nach dem Platz Rußlands in der Welt, nach seinem Verhältnis zur Staatengemeinschaft, insbesondere zu den Staaten, in denen, wie in Rußland formuliert wird, die „goldene Milliarde“ lebt, also zu den entwickelten Industriedemokratien, zum „Westen“, zu Europa. Welchen Weg kann, welchen Weg soll Rußland gehen? Und vor allem: mit wem? Und womit, mit welchen Mitteln kann es sich seinen „Platz an der Sonne“ sichern? Gleichzeitig rückt das Thema „Sicherheit“ mit all seinen Aspekten immer mehr in den Vordergrund. Dabei geht es insbesondere um die amerikanischen Pläne zur Errichtung eines Systems zur Abwehr strategischer Raketen (NMD) und die russische Reaktion darauf. Darüber hinaus sind in den Fachzeitschriften zunehmend gewichtige Stimmen zu vernehmen, welche die generelle Haltung der politischen Klasse Rußlands kritisieren und ihr Regression in überholtes Denken vorwerfen.

Mit wem?

Ausdruck der Konzentration auf die Frage, welchen Platz Rußland in der Welt einnehmen solle, ist es, wenn *Polis*, eine der angesehensten politologischen Zeitschriften Rußlands, ihre erste Nummer des neuen Jahrtausends dem politischen Diskurs zum Thema „Nationales und staatliches Interesse in der internationalen Politik von heute“ widmet. Die vielen Artikel sind indessen eher für den Fachwissenschaftler im engen Sinne bestimmt und politisch wenig aussagekräftig. Der Beachtung wert ist die These des Politologen **Vladimir Pastuchov**, wonach Rußland noch kein Nationalstaat sei. Staatliche und nationale Interessen fielen deshalb nicht zusammen. Wenn man in Rußland von staatlichen Interessen spreche, meine man bürokratische Interessen; spreche man von nationalen Interessen, meine man gesellschaftliche Interessen. Hier liege ein wesentlicher Widerspruch: Das sogenannte nationale Interesse Rußlands bestehe darin, das Tempo der sozialen Umgestaltung zu erhöhen, um auf diese Weise die technologische Moderni-

* *Der Autor, ehemaliger Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung.*

sierung zu ermöglichen. Das sogenannte staatliche Interesse zielt auf Erhalt der Kontrolle über diesen Prozeß ab und sei nichts anderes als der Wille der Bürokratie, die Hand am gesellschaftlichen Puls zu halten. Das russische Übel besteht, so darf man Pastuchov verstehen, darin, daß das staatliche und das nationale Interesse, also das Interesse der Bürokratie und der Gesellschaft, nicht in dieselbe Richtung gehen – mit negativen Folgen für Staat wie Gesellschaft.

Viele Autoren argumentieren nicht so fein, sondern machen es sich einfacher, so wie es ihnen ihre ebenfalls eher einfache Weltsicht erlaubt. Zu diesen Autoren zählt etwa **Natalija Naročnickaja**, eine der vielen *institutički*, also Mitarbeiter der ehemals wichtigen und einflußreichen Akademie-Institute, in diesem Fall des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO), die allerdings inzwischen meist anderen und nicht selten lukrativeren Beschäftigungen nachgehen. Naročnickaja gehört mit ihren zahlreichen Gesinnungsgenossen zu einem politischen Lager, das man schon nicht mehr mit dem Etikett „konservativ“ versehen kann, sondern als patriotisch-staatstragend und zum Teil als reaktionär bezeichnen muß. Hier sei auf ihre letzte wesentliche Veröffentlichung in *Meždunarodnaja žizn'* hingewiesen,¹ in der die Autorin ein „national erwecktes“ Europa als künftigen Partner Rußlands empfiehlt.

Naročnickaja beginnt ihre Ausführungen mit ihrer Deutung der NATO-Intervention in Serbien. Für sie sind Serbien und die Serben als Vorposten der orthodoxen („rechtgläubigen“) Welt zum Gegenstand des vom Westen verfolgten geopolitischen Projektes „Mitteleuropa“ (so auf deutsch bezeichnet) geworden. Das Ziel ist für die Autorin klar: Die orthodoxen Slawen sollen fragmentiert, ihr Wille zu eigener, historisch begründeter staatlicher Lebensform soll unterdrückt, sie sollen ihrer wichtigen internationalen Rolle beraubt, schließlich soll die „postbyzantinische Region“ mitsamt Rußland zu einer Domäne der atlantischen Zivilisation gemacht werden. In dieser Stoßrichtung kommt für Naročnickaja die ewige Mißachtung der „östlichen Barbaren“ zum Ausdruck, die ihrer Auffassung nach dem kulturhistorischen Bewußtsein des Westens zugrunde liegt. Das, wie sie schreibt, „ständige, über die Jahrhunderte sich vollziehende Anrennen des Lateinertums gegen die Orthodoxie“ findet für sie in der gegenwärtigen „geistigen und geopolitischen Rivalität um den postbyzantinischen Raum“ seine konsequente Fortsetzung.

Das Verhalten des Westens ist für die Autorin – ein Topos, der sich bei allen national-patriotischen Autoren findet – eine große Enttäuschung: Rußland hat, so Naročnickaja, Europa von Napoleon befreit, hat seinerzeit Preußen (1805 bis 1815) ebenso gerettet wie Österreich (1849) und Frankreich (1875), hat schließlich Europa vor der totalen Zerstörung durch Hitler bewahrt. Und nun dieser Dank: Rußland wird als „leerer

1 Der Artikel ist bereits im vergangenen Jahr erschienen; er wird hier nachgetragen, weil er beispielhaft die Auffassung bestimmter „national gesinnter“ Kreise wiedergibt, deren Einfluß nicht zu unterschätzen ist.

Fleck“, als „Vakuum“ betrachtet; man muß es evangelisieren und kolonisieren; man kann es für Handel und andere Zwecke gebrauchen; im übrigen muß man es auf alle erdenkliche Weise schwächen – so die dem Westen von Naročnickaja zugeschriebene Einstellung.

Die Autorin differenziert indessen. „Westen“ – das ist für sie die „atlantische Zivilisation“, die „Pax Americana“, das sind die USA, das ist der westliche Liberalismus. Die „national-konservativen“ Kreise Europas dagegen betrachteten Rußland, wie Naročnickaja hier wie an anderer Stelle erkennen läßt,² ganz anders: Sie fühlten angesichts von Tschetschenien mit den Russen; sie sympathisierten mit den Serben und verstünden, daß die USA Deutschland in die „Aggression gegen Jugoslawien“ getrieben hätten. Wenn nur, ruft Naročnickaja fast beschwörend aus, alle geistigen Kräfte, die Europa ausmachten, also seine romanischen, germanischen und slawischen Bestandteile, das lateinische wie das orthodoxe Europa sich in ihren geistigen Anstrengungen vereinigten, wenn man nur die Bedeutung anerkennen würde, die der „russische orthodoxe Vorposten“ für die gesamte christliche Welt besitze, dann könne die Zusammenarbeit zwischen Europa und Rußland am Anfang des Jahres 2001 den Impuls erhalten, der gegenwärtig so notwendig sei, dann könne Mitteleuropa zum wesentlichen Partner der Länder Osteuropas werden. Letztlich redet Naročnickaja, wie die von ihr mit Stolz hervorgekehrte Vertrautheit mit den „national-konservativen Kräften“ Europas und insbesondere Deutschlands ausweist, einer Vereinigung der „national gesinnten“ Kräfte Rußlands und West- wie Mitteleuropas das Wort, die sich gegen die USA auf der einen und den Islam auf der anderen Seite richtet.

Originell ist die Antwort, die **Sergej Samujlov**, Mitarbeiter des USA-Institutes, auf die Frage nach den Bündnismöglichkeiten Rußlands in der Märznummer der vom Institut herausgegebenen Zeitschrift gibt. Mit Belarus' sei man schon verbündet; nun müsse man ein dauerhaftes Bündnis mit Armenien und Serbien anstreben. Georgien und Bulgarien sollten später folgen. Beide Länder orientierten sich zwar gegenwärtig nach Westen. Doch wenn sich die Demokratie in Rußland konsolidiere und die politische Klasse Georgiens und Bulgariens immer mehr von den westlichen Rezepten und ihrer Wirksamkeit enttäuscht werde, könne man von der Partnerschaft mit beiden Ländern – gerichtet vor allem auf Sicherung des russischen Transits zu den Verbündeten auf dem Balkan bzw. im Südkaukasus (Serbien und Armenien) – zu einer Allianz übergehen.

Realistischer ist die Antwort, die **Nadežda Arbatova**, Mitarbeiterin des IMEMO, in der Juninummer von *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija* auf die Frage nach den potentiellen Kooperationspartnern oder gar Verbündeten gibt. Für sie ist es die Europäische Union, die zum wesentlichen Partner Rußlands werden soll. Wirtschaftlich

2 Mir stupil b 2000 god (Die Welt ist ins Jahr 2000 eingetreten), in: Meždunarodnaja žizn', (März 2000) 3, S. 78.

mache das ohnehin Sinn; und in sicherheitspolitischer Hinsicht widersprechen die Interessen Rußlands und Europas einander nicht – im Gegenteil. Zwar stehe man der Entwicklung Rußlands in Europa bisweilen skeptisch gegenüber. Aber erstens sei Rußland in der internationalen Arena mit einem einzigen Ziel angetreten: Teil der zivilisierten Welt zu werden. Und zweitens hänge die künftige Entwicklung des Landes ja nicht nur vom inneren Gang der Ereignisse, sondern auch von der Politik „des Westens“ ab. Damit hat Arbatova – ein beliebter Handgriff – jedem das Argument aus der Hand geschlagen, der meint, mit dem Rußland des Tschetschenienkrieges und des staatlich geförderten Banditenkapitalismus könne man keine sinnvolle Partnerschaft eingehen. Denn es sei ja Europa, der „Westen“ selbst, der es durch sein Verhalten in der Hand hat, Rußland auf den richtigen Weg zu bringen und es dort zu halten. Und hier zeige er noch viel zu häufig, so die Fortsetzung dieser Argumentation, daß er Rußland gar nicht auf diesen Weg bringen wolle: indem er nämlich politisch in einer Art und Weise handle, die russischen Interessen widerspreche. Wenn der Westen, so emphatisch etwa **Viktor Kremenjuk**, stellvertretender Direktor des Instituts für die USA und Kanada, in der Februarnummer des national-patriotischen *Obozrevatel'*, wirklich an einem starken demokratischen Rußland interessiert sei, würde er weder die NATO nach Osten ausdehnen noch Militärschläge gegen Jugoslawien führen.

Die USA müßten sich an einer engen Zusammenarbeit zwischen Rußland und Europa im Rahmen der EU und der WEU nicht stören, fährt Arbatova fort. Zwischen Europa und die USA könne niemand einen Keil treiben, außer es gebe dazu einen realen Anlaß. Die europäisch-russische Kooperation sei kein solcher Anlaß; sie liege vielmehr im Sicherheitsinteresse aller Seiten. Arbatovas Fazit: „Die EU kann und muß sich an die Spitze des Prozesses setzen, der auf Herstellung einer wirklichen strategischen Partnerschaft mit Rußland gerichtet ist, um auf diese Weise eine neue Spaltung Europas zu verhindern. Nach der Kosovokrise muß sie die Hauptrolle bei der Stärkung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen spielen, das gegenwärtig so unerlässlich ist.“

Diese Empfehlung, der man vieles abgewinnen kann, leidet allerdings an einem Mangel: Sie verkennt die Tatsache, daß die wesentlichen Mitglieder der EU auch in der NATO sind und kaum geneigt sein dürften, ihre Mitgliedschaft im Bündnis für die Zeit der Zusammenarbeit mit Rußland gleichsam an der Garderobe abzugeben. Und die NATO, wie Arbatova an anderer Stelle ihres Artikels eher noch zurückhaltend formuliert, wird von einem großen Teil der russischen politischen Klasse inzwischen wieder als Hauptfeind und als Hauptbedrohung gesehen. Arbatova glaubt diesem Dilemma dadurch zu entgehen, daß sie auch eine Zusammenarbeit Rußlands mit der NATO befürwortet, allerdings auf „streng praktischer Grundlage“.

Russische Geopolitik: eine ungewöhnliche Lösung

Ausgesprochen originell ist auch die Antwort, die **Vadim Cymburskij**, Mitarbeiter des Instituts für Philosophie der Russischen Akademie der Wissenschaften, in einem Aufsatz in *Pro et Contra* („Geopolitik für das ‘eurasische Atlantis’“) auf die Frage gibt, wie das postsowjetische Rußland unter den neuen weltpolitischen Gegebenheiten bestehen kann. Cymburskij – und das macht seinen Artikel trotz der sehr eigenen Argumentation bemerkens- wie zitierenswert – erweist sich wie so viele in der russischen politischen Klasse als Anhänger traditionellen geopolitischen Denkens, und zwar in der Spielart, wie sie sich unterdessen in Rußland herausgebildet hat.

Cymburskij sieht Rußland geopolitisch in einer schwierigen Lage. Militärisch gesehen befinde sich das Land zwischen der NATO im Westen und China im Osten; beiden sei es unterlegen. China besitze mehr mobilisierbare Ressourcen, die NATO sei mit Blick auf die Führung eines modernen begrenzten Krieges technisch weit überlegen. In ökonomischer Hinsicht liege Rußland zwischen zwei großen Warenmetropolen: dem vereinigten Europa im Westen und dem Kranz florierender Volkswirtschaften des Asiatisch-Pazifischen Raumes im Osten. Bei einem solchen Kräfteverhältnis – das Konzept der „sootnošenie sil“ (etwa „Korrespondenz der Kräfte“) von ehemals, mit dem die Sowjetmachthaber das globale Kräfteverhältnis maßen, kommt hier wieder zu neuen Ehren – hätte Rußland nur geringe Chancen zu überleben, insbesondere wenn die verschiedenartigen Potentiale der beiden Nachbarn sich politisch in zwei Großräumen vereinigen – dem nordatlantischen und dem pazifischen Großraum. In diesem Falle würden sie Territorium und Ressourcen des Festlandes unter sich aufteilen.

Noch sei es aber nicht so weit, noch könne Rußland etwas gegen diese geopolitische Bedrohung tun. Wenn man militärisch-machtpolitisch ansetze, so gebe es in dieser Hinsicht, wie Cymburskij sich ausdrückt, „zwei Paradigmen möglicher Verbündeter“: auf der einen Seite Indien, die großen islamischen Staaten sowie China, auf der anderen Seite die Länder Großeuropas und mit Blick auf den Pazifik die USA und Japan. Beide Optionen sind in Cymburskijs Augen schlecht. Die erste Variante sei eine „Koalition der Armen“, die zweite erfordere es, den russischen Fernen Osten anderen Mächten sowie transnationalen Unternehmen zu überlassen. Außerdem drohe Rußland in beiden Konstellationen von der Gnade seiner Verbündeten abhängig zu werden. Das Land finde auf diese Weise weder Ruhe noch wirkliche Macht. So wichtig also die militärisch-machtpolitische Dimension sei, es müsse, so der Autor, auf anderen Gebieten angesetzt werden.

Cymburskij empfiehlt einen „geoökonomischen“ Ansatz. Mit ihm könne Rußland seinen spezifischen Vorteil nutzbar machen: den Raum. Die Region Südwestsibirien und der östliche Ural, von russischen Geopolitikern das „zweite Großrußland“ (vtoraja Velikorossija) genannt (das erste ist das europäische Kernrußland), gibt dem Land laut

Cymburskij die Möglichkeit, der dreifachen geopolitischen Herausforderung der Gegenwart zu begegnen: erstens, dem Eurasischen Transportkorridor (Traceca), der durch Georgien und Azerbajdschan führt und der die wiederentdeckte Mitte Asiens mit dem geökonomischen Areal der EU sowie dem Verteidigungsraum der NATO verbinden und die westliche Präsenz im Kaukasus und Zentralasien zum Nachteil Rußlands sichern soll; zweitens, der Gefahr der Destabilisierung des „neuen“ Zentralasiens, wie sie in Gestalt des radikalen Islam aus dem Mittleren Osten droht; drittens schließlich dem von China ausgehenden Druck auf den russischen Fernen Osten und der Dynamik der Beziehungen Chinas zu Kazachstan.

Wie soll die geökonomische Antwort Rußlands auf diese Herausforderungen aussehen? Cymburskij's Antwort läuft letztlich auf folgendes hinaus: Rußland muß einen Ersatz für die gegenwärtige übermäßige Abhängigkeit von der Wirtschaft der EU finden; er kann nur in einer Umorientierung des Landes in Richtung Pazifik und den Asiatisch-Pazifischen Raum (ATR in russischer Abkürzung) liegen. Cymburskij will den Ural-sibirischen Kern Rußlands mit dem ATR verbinden, und zwar durch Schaffung eines pazifischen geökonomischen Brückenkopfes im Kernland, also in Rußland. Mittel zum Zweck ist offenbar – der Autor läßt hier vieles im Dunklen – der Ausbau der vom russischen Fernen Osten nach Westsibirien und zum Ural führenden Verkehrswege, vor allem also der Eisenbahn (Transsib und Baikal–Amur-Magistrale = BAM). Hinzu kommen muß in der Sicht des Autors eine Übereinkunft Rußlands mit China und dem Iran, der zufolge die drei Mächte Zentralasien als gemeinsamen strategischen Raum betrachten und demgemäß die Einflußnahme dritter Staaten abwehren, sei es vom Mittleren Osten aus, sei es vom Westen aus über den Kaukasus. Um dies zu erreichen, schlägt Cymburskij die Schaffung eines Oligopols der drei Mächte über die transkontinentalen Verkehrswege Eurasiens vor: über die „nördliche Seidenstraße“ durch Sibirien, die „südliche Seidenstraße“ durch Uzbekistan und über die strategische Ost-West-Verbindung durch den Indischen Ozean und weiter über den Iran. Dieses Oligopol soll die Grundlage bilden, auf der die sicherheitspolitische Gemeinsamkeit der drei Staaten Rußland, Iran und China wachsen und sich in der Praxis – und das heißt vor allem in der Abwehr von außerregionaler Einflußnahme – bewähren kann.

Für Rußland hätte ein solches geökonomisches Oligopol, so Cymburskij, beträchtliche Vorteile. Erstens würde die mit geökonomischen Mitteln erreichte Änderung der Weltordnung Rußlands Status erhöhen. Zweitens würde auf diese Weise die Sicherheit des Ural-sibirischen Kommunikationskernes gewährleistet und die Einheit Rußlands auf neue Grundlagen gestellt, indem die geökonomische Bedeutung dieser „Scharnierregion“ unterstrichen und die pazifische Randregion Rußlands mit ihren Seeverbindungslinien dauerhaft an den Ural-sibirischen Kern angebunden würde. Drittens schließlich würde Rußland seine gegenwärtige Rolle eines europäischen „Hinter-Hinterlandes“ verlieren

und statt dessen zum weit vorgeschobenen Brückenkopf des Asiatisch-Pazifischen Raumes werden.

Stören könnten dies alles nur die Staaten des Raumes zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer: Sie könnten sich den Rang einer geopolitischen Schleuse zwischen dem russischen Raum und Westeuropa anmaßen. Doch auch für diesen Fall hat Cymburskij ein geopolitisches Rezept: Im äußersten – russischen – Winkel der Ostsee gelte es Häfen zu bauen; dorthin müßte ein System von Pipelines geführt werden, durch das Energieträger über Skandinavien nach Europa geleitet werden könnten; schließlich müßte die geopolitische Achse Kaliningrad–Krim gestärkt, müßte die Zusammenarbeit mit der Türkei und das Verhältnis zu ihr verbessert werden, um so die Seeverbindungslinien zum russischen Schwarzmeerhafen Novorossijsk zu sichern.

Die Ausführungen Cymburskijs repräsentieren einen wesentlichen Trend im Denken der russischen politischen Klasse. Sie sind auch ein Beleg dafür, daß häufig gerade Vertreter der geopolitischen Denkrichtung die wesentlichen Sicherheitsprobleme des Landes erkennen. Rußland muß in der Tat die Zukunft Sibiriens und des Fernen Ostens sichern – dort liegen seine wesentlichen Ressourcen, dort liegen auch seine wahren Sicherheitsprobleme; darüber hinaus muß es seine Rolle in Zentralasien definieren, um so einem politischen Vakuum und damit potentiellm Chaos vorzubeugen. Ob allerdings dieses Thema mit dem intellektuellen Instrumentarium der Geopolitik wirklich durchdrungen und einer Lösung nähergebracht werden kann, erscheint eher zweifelhaft. Cymburskijs Aufsatz mit seiner geopolitischen Eskamotierung des russischen Fernen Ostens nach Westsibirien nährt diese Zweifel. Der bahnbrechende Artikel zur sibirischen und zentralasiatischen Komponente der Sicherheit Rußlands muß erst noch geschrieben werden.

Nicht nur Monologe, auch Debatten

Geradezu erfrischend wirkt vor dem Hintergrund des so häufigen außen- und geopolitischen „social engineering“, wie es in langen und nicht selten langatmigen Artikeln zum Ausdruck kommt, die offene Debatte, die insbesondere in der Zeitschrift *Meždunarodnaja žizn'* unter ihrem verdienstvollen Chefredakteur **Boris Pjadyšev** geführt wird. Gerade die regelmäßig abgedruckten Diskussionen der Runden Tische, die von der Redaktion durchgeführt werden, bieten einen guten Einblick; sie lassen erkennen, daß sich die russische Außen- und letztlich auch Sicherheitspolitik noch immer in der Formationsphase befindet.

In Fragen der Außenpolitik gibt es in Rußland keinen Konsens, stellt **Dmitrij Trenin**, einer der führenden Analytiker der russischen außen- und sicherheitspolitischen Szene und stellvertretender Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums, bei der in der Februarnummer von *Meždunarodnaja žizn'* wiedergegebenen Diskussion eines Runden

Tisches („Die Welt ist ins Jahr 2000 eingetreten“) mit Blick auf die von **Natalija Naročnickaja** vorgetragene gegenteilige Auffassung fest, ebensowenig wie es eine geschlossene und einige Elite im Land gebe. **Andrej Fedorov** stimmt dem zu, relativiert allerdings sogleich, indem er darauf verweist, daß das Gefühl um sich greife, Rußland sei vom Westen in die Enge getrieben worden. **Vitalij Naumkin**, Präsident des Zentrums für strategische und internationale Forschungen, betont dagegen, daß Rußland gegenwärtig der Versuchung des Isolationismus erliege, ja daß das neue Rußland geradezu den Isolationismus verkörpere. **Sergej Blagovolin**, seit langem Mitglied der russischen „strategic community“ und gegenwärtig Vorsitzender der Geschäftsführung des Fernsehsenders „Stolica“, meint, immerhin formiere sich in Rußland jetzt allmählich eine nationale Außenpolitik, während es bis vor kurzem überhaupt keine gehabt habe. Im übrigen hält er die vielbeschworene Allianz Rußlands mit China für ausgemachten Unsinn. Über eine solche Allianz die außenpolitischen Probleme Rußlands lösen zu wollen sei eine Illusion, und eine gefährliche noch dazu, eine Auffassung, der Naumkin ausdrücklich zustimmt: China habe ein solches strategisches Bündnis überhaupt nicht nötig; allenfalls könne von taktischen politischen Verständigungen die Rede sein.

Vladimir Baranovskij, stellvertretender Direktor des IMEMO und vorher lange Jahre bei SIPRI in Stockholm, benennt das entscheidende Problem: Rußland sieht sich vor der sehr realen Möglichkeit, zu einem Land zweiter oder gar dritter Kategorie herabzusinken. Fast verzweifelt weist Baranovskij auf den Anteil hin, den Rußland gegenwärtig am weltweiten Sozialprodukt habe: 1,6%. Abhilfe sieht er nicht. Er will sich dennoch nicht denen anschließen, die angesichts des Niedergangs empfehlen, sich ganz auf die innere Gesundheit des Landes zu konzentrieren und die Außenpolitik vorläufig zu vergessen: Das sei schlicht unzulässig. Dabei sieht er selbst, daß es – bei aller Wichtigkeit des militärischen Faktors in der Weltpolitik – andere Faktoren sind, die eine immer größere Rolle spielen: die Wirtschaft und Finanzen eines Landes, sein wissenschaftlich-technisches Niveau, seine Eingliederung in die Informationsgesellschaft.

Aber wie soll Rußland aus dem tiefen Tal herauskommen, in das es geraten ist? Wie kann es Außenpolitik betreiben, ohne die rechten Mittel dazu zu besitzen? Auch diese Frage, bereits in den Veröffentlichungen des Jahres 1999 gestellt und behandelt,³ bleibt im Fokus der neuesten Artikeln. Mit Worten jedenfalls ist es nicht getan, wie die meisten Teilnehmer des Runden Tisches von *Meždunarodnaja žizn'* meinen. Die immer wieder berufene, ja beschworene Multipolarität, inzwischen Ziel der offiziellen Außenpolitik, sei, so **Trenin**, ebenso wie die Unipolarität, gegen die man sich wende, ein Konstrukt, das Ergebnis gedanklicher Regression. Was nützt uns, so ruft er aus, die multipolare Welt, wenn die anderen Pole, also andere Staaten, etwa China, uns an

3 Falk *Bomsdorf*, Rußland: Flucht in die Selbstisolierung? Aus russischen Fachzeitschriften 1999, SWP Zeitschriftenschau, Februar 2000.

politisch nutzbaren Kräften weit übertreffen?! **Pjadyšev** stimmt dem zu und empfiehlt, sich auf tragfähigeren Boden zu begeben und auf theoretische Übungen zu verzichten. Aber worauf kann Rußland bauen? Auf die Nuklearwaffen, denen Rußland seinen Rang in der Weltarena verdankt? 1999 war dies noch vielfach befürwortet worden.⁴ Doch ist dies wirklich tragfähiger Boden? **Lev Semejko**, einer der Altmeister der russischen Strategieforschung, findet das nicht. In der Juninummer der Zeitschrift des USA-Institutes schreibt er, man möge aufhören, die russischen Nuklearwaffen außenpolitisch zu instrumentieren, wie dies Präsident Jelzin fast schon gewohnheitsmäßig getan habe, ohne zu wissen, wovon er rede. Jelzin sei mit seinem Versuch, Nuklearwaffen politisch zur Parierung unerwünschten amerikanischen Verhaltens einzusetzen, einer äußerst gefährlichen Fehleinschätzung erlegen. Es sei zu hoffen, daß sich dies nicht wiederhole. Ob diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird angesichts eines Präsidenten, der bei seinem Amtsantritt dem Abschluß seegestützter ballistischer Raketen beiwohnt und auch sonst alles tut, um russische militärische Macht sichtbar und damit, so offenbar seine Annahme, politisch instrumentierbar zu machen, ist eher zu bezweifeln.

Wie aber ist es mit den Rohstoffen, über die Rußland in so großem Umfang verfügt? Können sie außenpolitisches Kapital abwerfen? **Pjadyšev** scheint dies zu meinen. Jedenfalls zitiert er in der Märznummer von *Meždunarodnaja žizn'*, in der die Fortsetzung der Diskussion des Runden Tisches abgedruckt ist, den gegenwärtigen russischen Außenminister mit der Äußerung, Rußland sei eine Energiegroßmacht, und fügt einen Ausspruch des Energieministers hinzu: Öl und Gas seien eine sehr scharfe und effektive außenpolitische Waffe, ein wirksamer Mechanismus für die internationale Zusammenarbeit. Wer nun allerdings Ausführungen darüber erwartet, wie Rußland diese Waffe in der internationalen Arena einzusetzen gedenkt, wird enttäuscht. **Pjadyšev** beschränkt sich auf die sehr allgemeine Anmerkung, die Ausarbeitung einer russischen Öl-Gas-Strategie hänge von der Entwicklung der internationalen Beziehungen und davon ab, welchen Kurs die russische Regierung in Zukunft einzuschlagen gedenke.⁵ Auch bei **Pjotr Rodionov**, stellvertretender Vorsitzender von Gazprom, und **Vagit Alekperov**, Präsident von LUKOIL, die beide in der Märznummer von *Meždunarodnaja žizn'* zur Herausbildung einer russischen Energiestrategie Stellung nehmen, sucht man in dieser Hinsicht vergeblich nach genauen Aufschlüssen. Beide Autoren betonen statt dessen die Verbindungen ihrer Firmen zu den Weltmärkten und deren Verantwortung gegenüber den internationalen Abnehmern. Nicht ein einziger Abnehmer russischen Gases, schreibt

4 Vgl. ebd.

5 **Pjadyšev**, zeitweilig Mitarbeiter Kossygins, macht eine interessante Mitteilung. Er berichtet, daß nach den Worten Kossygins die Sowjetunion ihren Haushalt wesentlich auf Öl abgestützt und drei Monate im Jahr nur von den Erlösen der Ölverkäufe gelebt habe. Der Zusammenhalt der Länder des Warschauer Paktes sei im übrigen, so **Pjadyšev**, nicht von der Ideologie oder von den Panzern, sondern von russischem Öl und Gas gewährleistet worden.

Rodionov, hat jemals Probleme bekommen, weil Rußland nicht verlässlich geliefert hätte. Diese Äußerung entspricht offenbar der generellen Haltung des russischen Energiekomplexes: Niemand scheint dort bereit, sich außenpolitisch instrumentieren zu lassen. Und so betont man die Wichtigkeit der internationalen Märkte und läßt sich allenfalls verbal zu patriotischen Gesten herbei, wie etwa Rodionov, der, offenbar in bewußter Abwandlung des entsprechenden Diktums von seiten General Motors, äußert: Was gut ist für Rußland, ist auch gut für Gazprom. Hinzufügen möchte man hier den Kommentar, den ein hochrangiger Vertreter von Gazprom dem Vernehmen nach abgegeben hat: Die Ausdehnung der NATO nach Osten werde mehr als wettgemacht durch die Ausdehnung von Gazprom nach Westen.

Sicherheit: ein herausragendes Thema – NMD

Die Veröffentlichungen zu sicherheitspolitischen Fragen haben zugenommen. Sie beschränken sich allerdings nicht, wie früher, auf die militärische Sicherheit. Manche Autoren gerade aus dem patriotischen Spektrum glauben sehr deutlich zu sehen, daß Rußland von vielen Seiten bedroht ist. So schreibt **M. Arsen'jev**, korrespondierendes Mitglied der Akademie für Qualitätssicherung, über die finanzielle und über die wissenschaftlich-technische Sicherheit Rußlands, **D. Lovcov**, Professor an der Akademie für Militärwissenschaften, über die „militärwirtschaftliche“ Sicherheit, beide im *Obozrevatel'*; zwei andere Autoren (**Andrej Krutskich** und **Alexander Fedorov**) widmen sich im Februarheft von *Meždunarodnaja žizn'* der Informationssicherheit, einem besonders aktuellen Thema.

Den Artikel von **P. Belov** im patriotischen *Obozrevatel'* kann man als Inbegriff der zahlreichen Artikel ansehen, die von den vielen eher namenlosen Beobachtern nachgeordneter Ebenen verfaßt werden. Sie geben die Auffassungen solcher Kreise wieder, die – an Umfang und Einfluß nicht zu unterschätzen – eher durch Halbbildung und eine auf entsprechend unvollständiger Information beruhende spezifische Wahrnehmung auffallen als durch sachgemäße Durchdringung der Problematik. Belov sieht einen kompromißlosen Kampf um die Rohstoffe der Welt heraufkommen; dementsprechend betrachtet er eine breit angelegte Aggression der USA und der EU-Länder, aber auch Chinas und Japans als Hauptbedrohung Rußlands. Zu den weiteren Gefahren zählt er den allmählichen Zerfall des russischen nuklearen Abschreckungspotentials, die Errichtung eines Verteidigungssystems gegen ballistische Raketen in den USA, die weitere Verschlechterung der inneren Lage von Staat und Gesellschaft in Rußland, den Abfall des geistigen Lebens des Volkes und die Ausbreitung der Massenkultur. Als Gegenmittel empfiehlt der Autor letztlich die Wiedererrichtung des Russischen Imperiums – nur ein derart hochgestecktes Ziel könne die Nation konsolidieren. Zu diesem Zweck müßten sich zuallererst Rußland und seine Führung öffentlich zur weltweiten Führungsrolle des Landes

bekennen, zu seiner Rolle als Träger einer „besonderen Zivilisation“. Dabei dürfe Rußland, so der Autor, keinen Widerstand fürchten: Die Sprache des imperialen Hegemonismus sei ja – eine Anspielung auf das Vorgehen der USA in der Weltarena, wie es in Rußland gesehen wird – bereits zur Norm des internationalen Lebens geworden. Im gegenwärtigen Kampf aller gegen alle um die Ressourcen der Welt überlebten nur die Nationen, die einer hohen geistigen Idee folgten. Und in dieser Hinsicht sei Rußland im Vorteil: Es verfüge nicht nur über Rohstoffe, sondern auch über eine solche Idee.

Das herausragende Thema im Bereich Sicherheit sind indessen die amerikanischen Pläne zur Errichtung eines begrenzten Systems zur Abwehr ballistischer Raketen (NMD, in russischer Abkürzung PRO). Am aufschlußreichsten ist ein Artikel in der Aprilnummer von *Mirovaja ekonomika i mezhdunarodnye otnošenija* („Der ABM-Vertrag und die Position Rußlands“), der die Diskussion eines Runden Tisches wiedergibt, den die Zeitschrift zusammen mit dem IMEMO für maßgebliche Angehörige der russischen „strategic community“ veranstaltet hat. Das Problem NMD und damit der ABM-Vertrag besitze kardinale Bedeutung für die gesamte Außenpolitik Rußlands. Mit diesen Worten wird eingangs der Direktor des IMEMO **Martynov** zitiert. Von besonderer Relevanz sei die Antwort auf die Frage, wie wichtig für Rußland partnerschaftliche Beziehungen zu den USA seien.

Wie der Artikel ausweist, zögert die russische politische Klasse mit ihrer Antwort. Grund dafür ist nicht nur ihr seit Kosovo wiedererstandener Antiamerikanismus, sondern vor allem die Tatsache, daß sie den USA deren offizielle Begründung für NMD – Schutz vor Schurkenstaaten und ungeplanten Raketenabschüssen – nicht abnimmt. Die Diskussion des Runden Tisches läßt mit Blick auf NMD zwei Denkschulen erkennen. Die einen halten die offizielle amerikanische Position nur für vorgeschoben; in Wirklichkeit sei kein begrenztes, sondern ein vollständiges System der Raketenabwehr geplant. NMD sei ein erster Schritt in diese Richtung, der natürlich gegen Rußland gerichtet sei; denn er entwerte zunehmend das nukleare Abschreckungspotential des Landes. Damit verringere sich auch das politische Gewicht Rußlands, das nahezu vollständig auf der Existenz eines umfangreichen Potentials strategischer Nuklearwaffen beruhe. Ohne ein solches Potential steige Rußland zur zweitrangigen Macht ab und werde vom Westen endgültig ignoriert werden, eine Befürchtung, die noch vergrößert wird durch die russische Ungewißheit darüber, was die hoch überlegenen USA noch im Köcher ihrer waffentechnischen Innovationsfähigkeit bereit halten. Das NMD-Vorhaben füge sich, wie diese Experten betonen, nahtlos in die generelle Strategie der USA ein, die auf Verstärkung der dominierenden Position des Landes in der Welt abziele. Andere Experten bezweifeln zwar nicht diese generelle Strategie der USA, wenden sich aber dagegen, jede Handlung der USA in der Frage der Raketenabwehr als ausschließlich gegen Rußland gerichtet anzusehen. Es sei falsch, die Lage zu dramatisieren, zumal in den USA und in der Welt-

gemeinschaft insgesamt der Widerstand gegen NMD wachse und im übrigen die Effektivität der russischen Abschreckung durch NMD nicht beeinträchtigt werde.

Was die russische Reaktion betrifft, läßt die veröffentlichte Fachdiskussion ebenfalls zwei Positionen erkennen. Die einen befürworten „eine Reihe von Maßnahmen politisch-diplomatischen Charakters“, um die USA von der Abkehr vom ABM-Vertrag abzuhalten. Sie sind gegen eine einvernehmliche Änderung des ABM-Vertrages, da sie letztlich die strategische Stabilität im Verhältnis USA–Rußland verringere. Rußland müsse eine harte Haltung einnehmen und angemessene Reaktionen auf alle denkbaren Vorgehensweisen der USA in Sachen NMD vorbereiten. Andere Analytiker, so der Artikel, gehen davon aus, daß die USA ohnehin zum Aufbau von NMD entschlossen seien. Folglich müsse man Gespräche mit ihnen aufnehmen, um den ABM-Vertrag zu ergänzen. Auf diese Weise bewahre man das strategische Verhältnis zu den USA, das sich seit jeher in Verhandlungen und daraus resultierenden Abkommen manifestiere, und schaffe eine Perspektive für die Weiterführung des entsprechenden Dialoges. Darüber hinaus verhindere man einen unkontrollierten Aufwuchs der amerikanischen strategischen Raketenabwehr, wie er aus einer vollständigen Abkehr der USA vom ABM-Vertrag folgen könne. Schließlich sei eine Verhandlungslösung auch deshalb notwendig, um einem erneuten Rüstungswettlauf auf dem Gebiet der strategischen Angriffswaffen vorzubeugen, wie er bei einer Preisgabe des ABM-Vertrages abzusehen sei. Ihn könne Rußland, wie in den Ausführungen deutlich wird, nur verlieren.

Lasse sich Rußland auf eine Verhandlungslösung und auf eine Zusammenarbeit bei der strategischen wie taktischen Raketenabwehr mit den USA ein, eröffne das, so diese Denkrichtung, Perspektiven für eine breite Zusammenarbeit. Auf diese Weise könne man wirklich zu „strategischer Partnerschaft“ vorstoßen, statt sich, wie bisher, im Sinne der gegenseitig gesicherten Zerstörung nuklearstrategisch als Kontrahenten gegenüberzustehen. Die Protagonisten dieser Auffassung benutzen den Anlaß, um auf das Fehlen eines wirklichen strategischen Dialoges zwischen Rußland und den USA hinzuweisen. Ein solcher Dialog wird am Ende des Artikels nachdrücklich gefordert. Nur über einen ständigen russisch-amerikanischen Austausch könne ein gemeinsames Verständnis grundlegender Konzepte erreicht werden: strategische Stabilität, Sicherheit, Abschreckung. Dieser Forderung scheinen einige Teilnehmer des Runden Tisches allerdings in gewisser Weise widersprochen zu haben: Es sei ein Fehler, alle diese Fragen nur im strategischen Verhältnis zwischen Rußland und den USA abzuhandeln. Es gehe nicht nur um bilaterale Probleme. Rußland dürfe in dieser Hinsicht nicht in eine isolierte Stellung geraten und müsse insbesondere den „chinesischen Faktor“ berücksichtigen. In Gestalt der USA und Chinas drohe eine bipolare Welt heraufzuziehen – und Rußland könne dem nur zuschauen.

Das Fazit des Runden Tisches wie des Artikels zieht IMEMO-Direktor Martynov: Rußland muß in Sachen NMD eine feste Position beziehen; sie darf aber nicht so fest

sein, daß dem Land jeder Manövrierraum genommen würde. Die Härte seiner Position soll Rußland also, so Martynov, nicht die Möglichkeit verbauen, nach einem Kompromiß zu suchen. Dabei müsse man auch die wirtschaftliche Lage des Landes berücksichtigen, die eine auch nur annähernd spürbare Erhöhung der Verteidigungsausgaben ausschließe. Daher sei es notwendig, nicht nur die Perspektiven für eine politische Zusammenarbeit zwischen USA und Rußland richtig einzuschätzen, sondern auch die Aussichten für eine Kooperation im militärtechnischen Bereich.

Lesenswert zur Thematik NMD ist auch der Artikel des bereits erwähnten **Lev Semejko** in der Juninummer der Zeitschrift des USA-Institutes der Akademie der Wissenschaften („Die Abwehr ballistischer Raketen und die strategische Stabilität: zum Realismus der Einschätzungen“). Der Artikel belegt und ergänzt die Ausführungen des Runden Tisches, wie sie in der Zeitschrift des IMEMO wiedergegeben werden; teilweise geht er über sie hinaus. Mit der Abgeklärtheit dessen, der die intellektuellen Torheiten des nuklearstrategischen Denkens miterlebt und teilweise auch mitvollzogen hat, die man seinerzeit in der Sowjetunion wie in den USA für Strategie hielt, tadelt Semejko die amerikanische wie die russische Einstellung zu NMD. Natürlich überzögen die USA in den Befürchtungen, wie sie ihren Plänen für NMD zugrunde lägen; doch die russische Seite stünde ihnen nicht nach. Hier werde alles, was der Westen und insbesondere die USA in militärischer Hinsicht unternähmen, als ausschließlich gegen Rußland gerichtet angesehen, sei dies die Erweiterung der NATO, die Militäraktion gegen Jugoslawien oder eben die Errichtung einer begrenzten NMD. Der Westen, so der Kern dieser von Semejko kritisierten russischen Grundwahrnehmung, stütze sich prinzipiell auf militärische Macht ab, „und nur auf militärische Macht“; folglich verstehe er auch nur eine Antwort derselben Kategorie, also die der militärischen Gegenmacht.

Semejko will dieser Auffassung nicht folgen. Mit Blick auf die konkrete Problematik NMD erscheint ihm eine ganz andere Frage ausschlaggebend: Überschätzt man in Rußland nicht die Bedrohung der strategischen Stabilität durch die Errichtung einer NMD in den USA? Die Antwort versucht Semejko in seinem Artikel zu geben. Dabei läßt er erkennen, daß er es für unsinnig hält, wenn man in Rußland zum bisherigen nuklearstrategischen Denken zurückkehrte (oder es fortführte?). Die nuklearstrategische Balance habe keine realen Auswirkungen: Im Falle eines Nuklearkrieges würden beide Seiten zerstört, unabhängig von den Ungleichgewichten in dieser Balance. Und auch der „polit-psychologische“ Charakter, der dieser Balance gegenwärtig beigemessen werde, habe letztlich, wie Semejko erkennen läßt, keine Bedeutung: Vielleicht könne Rußland in der Tat fünfzehnmal vernichtet werden und die USA nur einmal – aber was mache das für einen Unterschied? Der Autor spricht sich gegen das an Quantität orientierte strategische Denken aus und plädiert für qualitative Parität, wie er sie auch in der neuen Konzeption der nationalen Sicherheit vom Januar 2000 niedergelegt sieht.

Im Schlußteil seines Aufsatzes erörtert Semejko die russische Haltung gegenüber den amerikanischen Plänen für NMD. Beide möglichen Positionen – zum einen, sich mit der von den USA vorgeschlagenen Modifizierung des ABM-Vertrages einverstanden zu erklären, zum andern, diese abzulehnen – hätten ihre Vor- und Nachteile. Die Nachteile der ersten Variante: Den USA könnte der Weg zu flächendeckender NMD geebnet werden; darüber hinaus stelle eine Verhandlungslösung ein politisch-psychologisch bedeutsames Nachgeben gegenüber den USA dar; im übrigen ziehe sie unausweichlich eine antirussische Reaktion vieler Länder nach sich. Zu ihnen würde – besonders wichtig für Rußland – China gehören, das sich durch ein amerikanisches NMD in seinen militärischen Möglichkeiten begrenzt sähe, eine Einschränkung, die – ein bemerkenswerter Hinweis – Rußland allerdings dadurch beseitigen könnte, daß es China die Technologie zur Überwindung künftiger NMD-Systeme zur Verfügung stellte. Die positiven Seiten einer Verhandlungslösung: Rußland erhalte die Möglichkeit, den Aufbau und die Vervollkommnung eines amerikanischen NMD-Systems unter Kontrolle zu halten; der START-Prozeß könnte weiterlaufen, in der Gewißheit der russischen Seite, daß „auch bei der neuen Balance der strategischen Angriffs- und Verteidigungswaffen“ – dies ein Euphemismus für die unausweichlich sich vollziehende Reduzierung der russischen weitreichenden Nuklearwaffen – die strategische Stabilität gewahrt bliebe. Schließlich eröffne eine Verhandlungslösung bei NMD die Möglichkeit, die militärisch-technische Zusammenarbeit mit den USA auszuweiten. All dies würde das Vertrauen zwischen Rußland und den USA stärken, das in der letzten Zeit so sehr gelitten habe. Dies wiederum könne die Grundlage dafür sein, daß beide Länder zu einer globalen Zusammenarbeit sowohl bei strategischer wie taktischer NMD fänden.

Lehne Rußland dagegen eine Verhandlungslösung ab, entfielen, so Semejko, alle Vorteile der ersten Variante. Dem stehe als politisches Plus allenfalls die Prinzipienfestigkeit gegenüber, die Rußland mit seinem Festhalten am ABM-Vertrag demonstriere; es beweiße damit seine Treue zur Idee der strategischen Stabilität nicht nur in Worten, sondern in Taten. Semejko läßt indessen erkennen, daß Rußland sich dafür nichts kaufen kann. Doch auch der von ihm, wie es scheint, befürworteten Verhandlungslösung steht er offenbar skeptisch gegenüber. Es werde immer schwerer, den USA zu vertrauen, schreibt Semejko zum Schluß seines Artikels. Vieles spreche dafür, daß die USA bei der Verstärkung ihrer militärischen Macht zu umfassenden technologischen Durchbrüchen ansetzten. Letztlich scheint Semejko nicht mehr daran zu glauben, daß Rußland von den USA als strategischer Verhandlungspartner noch ernst genommen wird. So sind denn auch seine Schlußsätze wie ein Appell an die USA zu verstehen, zu ihrer früheren Haltung zurückzukehren:

„Gegenwärtig hat Rußland das Recht anzunehmen, daß die Haltung der USA zu den zwei wichtigsten Vertragswerken – wie sie in der Nichtratifikation des Vertrages über das umfassende Verbot von Atomversuchen und in dem

Bestreben zum Ausdruck kommt, den ABM-Vertrag radikal zu überprüfen – auf die Erreichung absoluter militärischer und technologischer Überlegenheit über alle Staaten abzielt und die strategische Lage in der Welt zu destabilisieren droht. Unter diesen Bedingungen ist eine abgewogene Position Rußlands in Sachen NMD wie bei der Gewährleistung seiner militärischen Sicherheit insgesamt geeignet, Perspektiven nicht nur für die Beibehaltung, sondern auch für die Verstärkung der strategischen Stabilität aufzuzeigen.“

Semejkos Artikel ist, zumal er auch auf die Feinheiten der innerrussischen Diskussion und insbesondere der militärischen Führung eingeht, einer der wesentlichen Beiträge zum Thema NMD. Zusammen mit der Wiedergabe der Diskussion des Runden Tisches läßt er erkennen, daß die russische „strategic community“ sich keineswegs, wie das im Westen offenbar vielfach angenommen wird, in undifferenzierter Ablehnung der amerikanischen Vorschläge gefällt, sondern – wenn auch mit Kautelen und spürbar unter heftigen intellektuellen und machtpolitischen Bauchschmerzen – eine Lösung der NMD-Problematik im Wege von Verhandlungen befürwortet. Freilich wären dies Verhandlungen, zu denen sich Rußland eher aus Schwäche bereitfände, mit dem klaren Ziel, Schlimmeres zu verhüten und das Land durch Vereinbarungen mit den USA politisch aufzuwerten.

Zurück in die Zukunft?

Wohin bewegt sich Rußland? Die Antwort gibt die russische Gesellschaft selbst, insbesondere ihre politische Klasse. Ihre Einstellung zum Land und seinen Problemen, ihr „mind set“ und insbesondere ihre Haltung zur Stellung Rußlands in der Welt liefern den Schlüssel zum Verständnis der Dynamik des Landes einschließlich der Entwicklungsrichtung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik. In den russischen Fachzeitschriften findet sich dazu reichhaltiges Material.

Dabei sollen hier nicht erneut die vielen Aufsätze vorgestellt werden, deren Autoren die Welt nur durch das Prisma des großrussischen Patriotismus und nicht selten Chauvinismus wahrzunehmen vermögen. Zwar sind deren Ausführungen außerordentlich wichtig: weil sie wesentliche Erkenntnisse über den Zustand der russischen politischen Klasse vermitteln. Wichtiger indessen sind die russischen Autoren, die sich mit eben dieser Einstellung auseinandersetzen. Sie sind es, die die Gesellschaft, in der sie leben, am besten beurteilen können; sie sind es, die die politische Klasse, der sie selbst angehören, zu durchschauen vermögen, und zwar ohne sich, wie westliche Beobachter, die zu denselben Erkenntnissen gelangen, den Vorwurf antirussischen Sentiments zuzuziehen. Wie also sehen diese russischen Kritiker ihr eigenes Land?

Jurij Fedorov, Professor am Moskauer Staatlichen Institut für internationale Beziehungen des russischen Außenministeriums (MGIMO), äußert sich in einem mit „Eine

kritische Herausforderung für Rußland“ überschriebenen Aufsatz in *Pro et Contra*⁶ außerordentlich kritisch über den mentalen Zustand Rußlands, also über die Haltung seiner politischen Klasse. Seine Hauptthese: Rußland ist eine nichtliberale Demokratie; in ihr gehen demokratische Prozeduren einher mit einer nichtliberalen Mentalität der Elite. Fedorov erläutert das anhand seiner Auffassung, daß Rußland, will es nicht marginalisiert werden und im Kreis der „scheiternden Staaten“ enden, mit Blick auf seine innere Entwicklung wie auf seine Außenbeziehungen nur eine Wahl bleibt: sich in die „Gemeinschaft der Demokratien“ einzugliedern und sich auf seine Weise dem Prozeß der Globalisierung anzuschließen. Dazu, so Fedorov, braucht Rußland ein demokratisches Regime, braucht es den Rechtsstaat und einen föderalen Staatsaufbau. Wollen das, so fragt Fedorov, die russischen Eliten? Er verneint diese Frage. Zwar reden die russischen Eliten viel von Demokratie, und in offiziellen Erklärungen und Dokumenten indossieren sie demokratische Prinzipien. Aber der größere Teil der politischen Klasse hängt, so Fedorov, Vorstellungen an, die mit Demokratie nichts gemein haben. Der einzigartige Charakter der russischen Zivilisation, die dominierende Rolle des Staates im politischen System, kollektivistische Werte und eine „rechtgläubige“, also orthodoxe Weltsicht mit ihrer Feindschaft gegenüber Demokratisierung und Modernisierung – all dies liege der Denkweise der gegenwärtigen russischen Führungsschicht zugrunde. Und selbst gemäßigte, sich dem demokratischen Lager zuzählende Vertreter der politischen Klasse teilten, so Fedorov, derartige Auffassungen; allenfalls seien ihre Formulierungen milder. Ihnen allen sei die Überzeugung gemeinsam, daß die russische und die westliche Zivilisation sich letztlich nicht vereinbaren ließen und daß liberale Werte einer Gesellschaft wie der russischen fremd seien, wo die Interessen des Einzelnen sich denen des Staates unterzuordnen hätten.

Wie paßt das alles zusammen: auf der einen Seite Betonung der Demokratie, auf der anderen Seite Ablehnung ihrer Grundlagen? Fedorovs Antwort: Im Rußland von heute gibt es verschiedene Macht- und Interessengruppierungen; ihnen bietet die Demokratie mit ihren Prozeduren einen Mechanismus, mit dem sie ihre Interessen am besten durchsetzen und untereinander ausgleichen können. Mit Demokratie an sich haben diese Gruppierungen indessen nichts im Sinn. Die russischen Eliten, so suggeriert der Autor, benutzen lediglich die formalen Ausprägungen der Demokratie, weil sie ihnen Vorteile bieten; der materielle Gehalt, der demokratische Prozeduren ausfüllen, der sie tragen muß, um wirkliche Demokratie entstehen zu lassen, bleibt dagegen, weil keinen Nutzen bringend und den eigenen Überzeugungen widersprechend, unbeachtet. Rußland ist damit, so kann man Fedorovs Gedanken in eine Formel fassen, eine *nichtdemokratische Demokratie* – und eben keine Demokratie.

6 Der Aufsatz ist in der letzten Nummer des Jahrgangs 1999 abgedruckt, die aber erst im Jahr 2000 erschienen ist.

Das alles hat, so Fedorov, natürlich auch Auswirkungen auf die Haltung Rußlands zu seiner internationalen Umwelt, auf die russische Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Eingliederung in die Weltgemeinschaft und insbesondere in den Kreis entwickelter Industriedemokratien, das, was gemeinhin als Globalisierung bezeichnet wird, ist Rußland, so der Autor, mit der Einstellung seiner Eliten und infolge der spezifischen Interessen der im Lande herrschenden Machtgruppierungen nicht möglich. Die Moskauer Führung schlägt denn auch laut Fedorov einen anderen Weg ein: Sie hat die *Multipolarität* zur offiziellen außenpolitischen Doktrin erhoben. Für Fedorov ist dies das russische Gegenmodell zur Globalisierung. Es soll Rußland gestatten, gleichsam den eigenen Pol zu bewahren und sich gegen den anderen Pol, letztlich die westliche Zivilisation, zu behaupten, der als aggressiv, expansionistisch und anderen Zivilisationen gegenüber, vor allem der russischen, als feindlich angesehen wird.

Dies entspreche, so Fedorov, auch den Interessen eines großen Teils der russischen Elite. Die russischen Wirtschaftssubjekte könnten unter den Bedingungen der Globalisierung nicht überleben; sie seien weder fähig noch bereit, sich ihnen anzupassen. Und die staatliche Bürokratie Rußlands sehe zum großen Teil sehr deutlich, daß marktwirtschaftliche und demokratische Reformen ihre Stellung gefährdeten, ja sie selbst überflüssig machen würden. Dementsprechend seien diese Gruppierungen nicht an der Eingliederung Rußlands in die Weltgemeinschaft, sondern im Gegenteil an seiner Isolierung von der Welt, ja an der Konfrontation mit ihr interessiert: „Je schwieriger die Lage des Landes in der internationalen Arena ist, desto leichter fällt es, die Notwendigkeit stärkerer staatlicher Kontrolle über die Wirtschaft sowie die Einschränkung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit zu begründen.“

Wie zur Unterstützung Fedorovs fügt der bereits eingangs erwähnte Politologe **Vladimir Pastuchov** in einem in der Januarnummer der Zeitschrift *Polis* erschienenen Artikel hinzu, eine freie und dynamische Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sei für die russische bürokratische Klasse gleichbedeutend mit Selbstzerstörung: Indem sie die Kontrolle über die Entwicklung verlören, büßten die Bürokraten auch ihre besondere Stellung in der Gesellschaft ein. Die russische Bürokratie glaube nicht an ihre eigene Fähigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung die notwendigen Impulse zu geben; und an die entsprechende Fähigkeit anderer könne sie ihrer Natur gemäß auch nicht glauben.

Laut Fedorov sind die russischen Eliten in sowjetisches wie vorsowjetisches Denken regrediert: „Die russische Diskussion über die Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung des Landes, über seinen gegenwärtigen Zustand, seine politische Kultur, seine Rolle in der internationalen Arena usw. läßt einen unwillkürlich den Eindruck gewinnen, daß die russische Gesellschaft nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in geistiger Hinsicht in die ferne Vergangenheit zurückgekehrt ist. Die russische politische Klasse ist erneut in Westler und Slawophile gespalten, die

Weltpolitik wird durch das Prisma des Eurasismus und der traditionellen Geopolitik wahrgenommen, die Außenpolitik wird auf der Grundlage von Schemata errichtet, die aus der Logik des europäischen Gleichgewichts der Kräfte und des sogenannten westfälischen Systems stammen.“

Dmitrij Trenin stützt diese Auffassung mit seinen Äußerungen bei dem oben bereits erwähnten Runden Tisch („Die Welt ist ins Jahr 2000 eingetreten“), die in der Februarnummer von *Meždunarodnaja žizn'* abgedruckt sind. „Wir treten gegenwärtig in die Welt des ausgehenden 19. Jahrhunderts ein – und womöglich sind wir schon dort“, schreibt Trenin dort mit Blick auf das intellektuelle Leben der russischen politischen Klasse. In der Akademie des Generalstabes sei, wie man höre, an der Wand ein Ausspruch von Zar Alexander III. angebracht: „Rußland hat zwei Freunde – die russische Armee und die russische Flotte“. In dieser Aussage und ihrer heutigen Verwendung⁷ komme, so Trenin weiter, der geistige Zustand des überwiegenden Teils der russischen Elite zum Ausdruck. Und er fährt fort: „Wir sehen die Welt mit den Augen der Menschen des 19. Jahrhunderts, wo Staaten mit ihrer Macht aufeinander einwirken, sich gegenseitig balancieren, verschiedene Koalitionen bilden, Kriege führen usw. In genau derselben Weise betrachten wir auch die Situation in Europa. Das ist eine sehr alte Tradition in unserem Denken, sie lebt gegenwärtig wieder auf.“

Wie kommt es zu einer solchen Regression des politischen Denkens in Rußland, wie sie Fedorov und Trenin beschreiben und wie sie in der Tat durch russisches politisches Handeln bestätigt wird? Fedorov nennt zwei Gründe. Zum einen halte der Einfluß der sowjetischen Variante des Marxismus oder besser Pseudomarxismus, wie er ihn lieber genannt wissen will, an. Als maßgebliche Ideologie, so Fedorov, wirke er zwar nicht mehr; doch seine Logik äußere sich deutlich im gegenwärtigen russischen politischen Denken. Ein großer Teil der russischen Intellektuellen beschränke sich nicht darauf, die Wirklichkeit unvoreingenommen zu analysieren, sondern konstruiere zur Erklärung der Realität wie früher universelle Modelle, und zwar mit Hilfe vorgefertigter Konzepte, die, einfach und häufig primitiv, den Traditionen russischer Doktrinen entlehnt seien. Letztlich denkt und handelt, so kann man Fedorov interpretieren, ein großer Teil der russischen politischen Klasse unter dem Einfluß alter und neuer Mythen, wie sie Rußland seit jeher charakterisiert haben. Wenn die Realität diesen Mythen, wie regelmäßig der Fall, nicht entspricht, wird, so der Autor, nicht der Mythos verändert oder aufgegeben, sondern die Wirklichkeit entsprechend angepaßt oder zurechtgebogen. Zum andern leide das heutige russische politische Denken noch vielfach unter einer anderen

7 O. Bel'kov teilt in seinem Aufsatz über die Globalisierung (*Obozrevatel'*, [2000] 2) mit, daß Präsident Putin diesen Ausspruch Alexanders III. kürzlich ebenfalls zitiert habe, und fügt hinzu, der Zar habe seinerzeit formuliert: Rußland habe *nur* zwei Verbündete – die Armee und die Flotte. Es ist fast anzunehmen, daß Putin es genau so gemeint hat, und der Generalstab ebenfalls.

Erblast, die aus der Zeit des Totalitarismus stamme. Die Welt werde häufig wieder als eine Arena aufgefaßt, in der die Kräfte von Gut und Böse gegeneinander kämpften; dabei sei das Böse, also der „Westen“, darauf aus, die andere, gute Seite, letztlich also Rußland, von innen heraus zu zerstören, indem ihm die westlichen Werte und Normen aufgezwungen würden. Dagegen glaube sich nun Rußland wie früher die Sowjetunion wehren zu müssen: Wie einstmals gegen den Imperialismus kämpfe man nun gegen den „Westen“, und anstelle des Sozialismus verteidige man die russische oder die „eurasische“ Zivilisation.

Fedorovs Fazit kann man so zusammenfassen: Rußland befindet sich in einer schweren Krise. Sie besteht vor allem in der Unfähigkeit des überwiegenden Teils der russischen politischen Klasse, die Gegebenheiten und Erfordernisse der neuen Zeit zu erkennen oder ihnen, soweit sie sie erkennt, zu entsprechen. Anders ausgedrückt: Rußland durchlebt eine Krise der politischen Wahrnehmung und des politischen Handelns. Auf seine überkommenen Vorzüge, die von vielen als Garantie für den baldigen Wiederaufstieg des Landes gesehen würden – also Umfang des Territoriums, geographische Lage, große Rohstoffvorkommen, qualifizierte Arbeitskräfte – könne Rußland, so Fedorov, sich nicht mehr allein verlassen. Diese Faktoren hätten ihre einstmalige Bedeutung verloren. Was heute in erster Linie zähle, seien die Fähigkeit zu technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Innovationen, das Vermögen, in einer transnationalen Umwelt effektiv zu handeln, geistige, wirtschaftliche und politische Freiheit, die Bereitschaft, mit den führenden Staaten der Welt zusammenzuarbeiten – auf der Grundlage der diesen eigenen Werte. Diese Voraussetzungen besitze Rußland, so Fedorov, gegenwärtig nicht. Das Land sei nicht imstande, der Herausforderung der Globalisierung zu begegnen, sei zur Modernisierung weder fähig noch bereit.

Was Jurij Fedorov generell kritisiert, findet **Boris Pjadyšev**, der schon erwähnte Chefredakteur von *Meždunarodnaja žizn'*, auch in der russischen Außenpolitik vor. Er beschreibt die von ihm beobachteten Phänomene und ihre schädlichen Folgen mit eindringlichen Worten, wie man sie in dieser Deutlichkeit in russischen Veröffentlichungen bisher vergeblich gesucht hat:

„In unseren Dokumenten ist fast rituell ständig davon die Rede, daß Rußland eine Großmacht sei. Dies hat sogar Eingang in die offizielle Konzeption der nationalen Sicherheit gefunden. Das ist keinesfalls eine harmlose Formel. Wenn Großmacht, dann müssen dementsprechend auch die Ziele in der internationalen Arena und der Umfang der Ressourcen definiert werden, die diese Ziele erreichbar werden lassen. Indessen ist die Russische Föderation streng genommen nie eine Großmacht gewesen. Groß waren das Russische Imperium, danach die UdSSR. Die Russische Föderation hat die Bezeichnung 'Großmacht' gleichsam von der UdSSR geerbt und hat sie in keiner Weise mit Substanz gefüllt. Im Gegenteil. Wie sich zeigt, ist diese Bezeichnung nur eine Phrase, die sich real auf kaum etwas stützen kann. Aber wenn diese Phrase einmal in der Welt ist, fordert sie maximale Einbeziehung in die internationalen Angelegenheiten, und zwar nicht nur in politischer und

diplomatischer Hinsicht. Größe angesichts nicht ausreichender Ressourcen führt an die Grenze des Realen und Vernünftigen. [...] Wir wiederholen ständig die Worte von Kanzler Gorčakov: 'Rußland sammelt sich.' Das ist ganz und gar nicht der Fall. Man kann schwerlich von Sammlung, von Konzentration der Kräfte sprechen, wenn wir uns ständig in Situationen und Konflikte hineinziehen lassen, die nicht spurlos an uns vorübergehen. Und das in törichter immerwährender Wiederholung. Eine erfolgreiche Politik muß die Balance halten zwischen Zielen und den Möglichkeiten, welche die Erreichung dieser Ziele gewährleisten können, muß Zurückhaltung und Umsicht beobachten. Eine solide Außenpolitik muß berechenbar sein, ohne Launen und jähe Wendungen. [...] Unsere Partner dürfen zu Recht solche Entscheidungen, solche Aktionen von uns erwarten, die sich folgerichtig aus einem klaren außenpolitischen Kurs ergeben und berechenbar sind. Nur so kann man ein normales Miteinander schaffen.“

Die Ausführungen Pjadyševs sind eine Art Abrechnung mit dem Jelzin-Regime, gelten aber auch für das neue Regime, das ja in wesentlichen Aspekten das alte ist. Aber sie gehen noch darüber hinaus: Sie sind eine scharfe Kritik an der politischen Klasse seines Landes, die sich nahezu in ihrer Gesamtheit in der ständigen Beschwörung Rußlands als „Großer Macht“ (*velikaja deržava*) gefällt. Es ist ein Lichtblick, daß ein Mitglied des russischen außenpolitischen Establishments diese Fixierung kritisiert. Indessen wird – davon ist leider auszugehen – der Mythos von der „Großen Macht“ Rußland nicht verschwinden. Der selbstauferlegte Zwang, diesem Mythos nachzuleben, wird weiterhin zur Fehlallokation wirtschaftlicher Ressourcen führen, wird Rußland weiterhin in politische Sackgassen manövrieren, wird weiterhin konkrete Opfer kosten. In dieser Perspektive ist Pjadyševs Philippika auch als ernste Warnung vor künftigem Unglück zu verstehen.

Und die Menschen?

Was ist mit den Menschen in Rußland, mit dem „Volk“, wie es heute wieder genannt wird, mit den „Massen“, wie es zu Sowjetzeiten hieß? In den großen Fachzeitschriften sucht man vergeblich nach Artikeln, die sich mit ihnen befassen. Anders die seit bald 75 Jahren erscheinende populärwissenschaftliche Zeitschrift *Znanie-Sila* (Wissen ist Macht). In ihrer Februarnummer widmet sie sich dem Thema „Rußland durch das Prisma des Tschetschenienkrieges“ und gibt den namhaften russischen Soziologen und Meinungsforschern vom „Allunionszentrum für die Erforschung der gesellschaftlichen Meinung“ (VCIOM) **Jurij Levada**, **Aleksej Levinson** und **Lev Gudkov** Raum. Anlaß ist die auf einer wissenschaftlichen Konferenz im vorigen Jahr geäußerte Auffassung Levadas, des Direktors des VCIOM, in Rußland sei etwas eingetreten, was man im postsowjetischen Rußland für unmöglich gehalten habe: Die Bevölkerung zeige ein einheitliches Denken und Empfinden, und zwar mit Blick auf den Tschetschenienkrieg wie mit Blick auf Vladimir Putin.

Die Aufsätze sind sämtlich lesenswert; sie zeichnen trotz ihrer Kürze ein treffendes Bild der gegenwärtigen russischen Gesellschaft und insbesondere ihrer Reaktion auf den zweiten Tschetschenienkrieg. Hier sei nur der Kerngedanke der Artikel wiedergegeben. **Levada** beschreibt die russische Gesellschaft mit dürren Worten: „Heute, da wir in das Zeitalter der Hochtechnologie geraten sind, erstaunen wir alle durch unser unvorstellbares Vertrauen zum Fernsehen. Wir haben die Spitze der technologischen Zivilisation erreicht – ohne all das übrige, eingeschlossen den geistigen Unterbau. Es ist bekannt, daß der Mensch der Masseninformation und der Massenkultur desto kritischer gegenübersteht, je gebildeter er ist. Wir sind noch nicht bis zu diesem Zustand gelangt.“ Vor diesem Hintergrund, so Levada, ist die russische Gesellschaft in einen neuen Zustand versetzt worden: durch den Tschetschenienkrieg und die durch ihn ausgelöste negative Mobilisierung. Der Autor nennt diesen Zustand „Aggression mit asthenischem Syndrom [allgemeine Erschöpfung von Körper und Geist]“. **Levinson** sieht das Geheimnis des Erfolges von Vladimir Putin darin, daß er der Bevölkerung die Angst nimmt, die sie aufgrund eines Gefühls historischer Schuld gegenüber den Tschetschenen hat, die Angst nämlich vor deren Rache. Levinson schreibt der russischen Bevölkerung eine versteckte Neigung zum Genozid zu, nach dem Motto: Man muß sie umbringen, sonst bringen sie uns um. Die Funktion Putins im russischen gesellschaftlichen Bewußtsein liegt seiner Auffassung nach genau darin: Er gilt als der Vernichter dieses Feindes – und damit, wie man hinzufügen muß, als der Beschützer der Menschen in Rußland. **Gudkov** schließlich stellt die Genese der negativen Mobilisierung der Bevölkerung dar, mitsamt ihrer innen- und außenpolitischen Vorgeschichte, und beklagt dabei das gegenwärtige Volksempfinden: Rußland, so schreibt er, ist erneut Schauplatz der Geschichte vom Kampf seines kollektiven Helden gegen das Böse in der Welt, wie es sich in den tschetschenischen Banditen verkörpert, unabhängig von ihrem Alter und ihrem Geschlecht. Im Kampf gegen dieses äußere Böse finden die Russen zu sich selbst. Gudkov fährt mit einem der Biologie entlehnten Bild für die russische Gesellschaft fort, das seinen Essay beschließt:

„In der Biologie unterscheidet man die Klasse der Wirbeltiere und die der Krebstiere oder Insekten. Das Skelett der ersten Gruppe wird von einem System von Werten, von Austauschbeziehungen, von Vertretungsverhältnissen gebildet (Markt, Demokratie usw.), die den Organismus verbinden, ihn halten. Die Konstitution der zweiten Gruppe wird gleichsam durch eine äußere Bedrohung vorgegeben, durch die Notwendigkeit, ihr zu widerstehen. Ich weiß nicht, wieviel Zeit es braucht, um von der einen Klasse in die andere zu gelangen; schließlich geht es hier nicht um die biologische, sondern um eine soziokulturelle Entwicklung. Jedenfalls ist es unerläßlich, erst einmal das Problem selbst zu erkennen...“

Die russische Gesellschaft als eine soziokulturelle Gruppierung, die sich nur negativ mobilisieren läßt, die die äußere Bedrohung braucht, um Halt zu finden, die sich um einen Führer schart, solange sie Schutz zu glauben braucht, und die über kein sie tragendes

demokratisches Gerüst verfügt – diese Analyse der namhaften russischen Soziologen ist nicht dazu angetan, mit Blick auf die Zukunft Hoffnung zu wecken.

Ausblick

Die Meinung der hier zitierten russischen Soziologen über die gegenwärtige russische Gesellschaft ergänzt und bestätigt die Auffassungen, welche die oben angeführten Kritiker mit Blick auf die russische politische Klasse vertreten. Der sich daraus ergebende Schluß, wie ihn Jurij Fedorov am eindringlichsten vorgetragen hat: Rußland ist gegenwärtig außerstande, den Anforderungen der Moderne zu entsprechen.

Es schiene von Nutzen, wenn die politische Klasse westlicher Länder, von ihrer Führung ganz zu schweigen, ihr Rußlandbild im Lichte dieser Veröffentlichungen überprüfen würde. Es war schon immer so: Für den sinnvollen Umgang mit Rußland durfte man sich nie allein auf den Eindruck verlassen, den der jeweils führende Mann machte. Was kann man von Rußland erwarten, worauf muß man sich einstellen? Auf diese Fragen gab nicht Boris Jelzin die entscheidende Antwort und gibt sie heute nicht Vladimir Putin.⁸ Die Antwort ist anderswo zu finden: im Zustand der russischen Gesellschaft und insbesondere ihrer politischen Klasse. Vielleicht kann bei dieser Hinterfragung des jeweiligen Rußlandbildes eine Einsicht hilfreich sein, wie sie etwa auch **George Kennan** dem Sinne nach stets vertreten hat:⁹ Die russische Gesellschaft läßt generell zwei Pole erkennen – einen negativen Pol, gekennzeichnet von vereinfachtem und verkürztem Denken vor allem in Kategorien der Macht, befangen in Vorurteilen und neuen wie alten Mythen, weithin unfähig, die neue Welt zu begreifen, in die Rußland jeweils eintritt, unfähig auch, sich mit einer bescheideneren Rolle Rußlands in der Weltarena abzufinden, und einen positiven Pol, liberal, aufgeklärt, weltoffen und – bei aller Verteidigung russischer Interessen – bereit zum Dialog und zu gemeinsam zu findenden Lösungen der anstehenden inneren wie äußeren Probleme.

Diese Erkenntnis ist nur scheinbar banal. Sie hat große politische Bedeutung. Man sollte sich mit Blick auf dieses schwierige Land immer fragen, mit welchem Pol seiner Gesellschaft, mit welchem Rußland man es jeweils zu tun hat. Und auch, welchen Pol,

8 Andrej Piontkovskij, der ebenso scharfzüngige wie bisweilen polemische, in jedem Falle immer in der besten Bedeutung des Wortes radikale Beobachter der russischen politischen Szene schreibt in seiner wöchentlichen Kolumne („Season of Discontent“) in *The Russia Journal* vom 26.8.2000 zu diesem Thema: „The G-7 leaders at the Okinawa summit greeted Putin with nearly the same enthusiasm as the Korean women or Gref and Chubais – he can walk without assistance, reads with expression – the hero of the summit and a superstar. I wonder if they are professionally faking it or if they truly feel a sense of deep satisfaction.“

9 Vgl. insbesondere George F. Kennan, *The Marquis de Custine and His Russia in 1839*, Essex, o.J., S. 131f.

welche Gesellschaft, welches Rußland man denn will. Stellt man sich diese Frage nicht, ist politischer Schaden unausweichlich.

Liste der vorgestellten und zitierten Aufsätze

- Alekperov, Vagit**, Neftjanoj biznes – eot prežde včego otvetstvennost' (Ölgeschäft – das ist zuallererst Verantwortung), in: Meždunarodnaja žizn', (März 2000), S. 32–37.
- Arbatova, Nadežda**, Otnošenija Rossii i Zapada posle kosovskogo krizisa (Die Beziehungen Rußlands und des Westens nach der Kosovokrise), in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, (Juni 2000) 6, S. 14–23.
- Arsen'jev, M.**, Naučno-tehničeskaja bezopasnost Rossii (Die wissenschaftlich-technische Sicherheit Rußlands), in: Obozrevatel', (März 2000) 3, S. 46–47.
- Finansovaja bezopasnost' Rossii (Die finanzielle Sicherheit Rußlands), in: Obozrevatel', (August 2000) 8, Internetausgabe <http://www.nasledie.ru/pressa/obozrev/N08_00>.
- Belov, P.**, Vyzovy nacional'noj bezopasnosti Rossii v XXI veke (Herausforderungen der nationalen Sicherheit Rußlands im 21. Jahrhundert), in: Obozrevatel', (April 2000) 4, S. 40–43.
- Bel'kov, O.**, Globalizacija: problemy bezopasnosti Rossii (Globalisierung: Probleme der Sicherheit Rußlands), in: Obozrevatel', (Juli 2000) 7, Internetausgabe <http://www.nasledie.ru/pressa/obozrev/N07_00>.
- Cymburskij, Vadim**, Geopolitika dlja „evrasijskoj Atlantidy“ (Geopolitik für das „eurasische Atlantis“), in: Pro et Contra, (Herbst 1999), S. 141–176.
- Fedorov, Jurij**, Kritičeskij vyzov dlja Rossii (Eine kritische Herausforderung für Rußland), in: Pro et Contra, (Herbst 1999), S. 5–27.
- Gudkov, Lev**, Net, ja ne etot, ja – drugoj... (Über die seltsame Methode, sich selbst zu bestimmen), in: Znanie-Sila, (Februar 2000) 2, S. 26–32.
- Kremen'juk, Viktor**, Nazad k „cholodnoj vojne“: Stambul'skij etap (Zurück zum Kalten Krieg: Die Etappe von Istanbul), in: Obozrevatel', (Februar 2000) 2, S. 30–32.
- Krutskich, A./Fedorov A.**, O meždunarodnoj informacionnoj bezopasnosti (Über die internationale Informationssicherheit), in: Meždunarodnaja žizn', (Februar 2000) 2, S. 37–48.
- Levada, Jurij**, Dianoz: agresivnaja mobilizacija s asteničeskim sindromom (Diagnose: aggressive Mobilisierung mit asthenischem Syndrom), in: Znanie-Sila, (Februar 2000) 2, S. 22–24.
- Levinson, Aleksej**, Sekret Putina (Das Geheimnis Putins), in: Znanie-Sila, (Februar 2000) 2, S. 25.
- Lovcov, D.**, O voenno-ekonomičeskoj bezopasnosti Rossii (Über die militärwirtschaftliche Sicherheit Rußlands), in: Obozrevatel', (April 2000) 4, S. 44–48.

- Naročnickaja, Natalija**, Rossija i mirovoj vostočnyj vopros (Rußland und die internationale östliche Frage), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (April 1999) 4, S. 14–23.
- ohne Verfasser**, (Runder Tisch). Političeskij diskurs: Nacional'nyj i gosudarstvennyj interes v sovremennoj mirovoj politike (Nationales und staatliches Interesse in der internationalen Politik von heute), in: *Polis*, (2000) 1, S. 7–91.
- ohne Verfasser**, Gostinyj dvor (Runder Tisch). Mir vstupil v 2000 god (Die Welt ist ins Jahr 2000 eingetreten), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (Februar 2000) 2, S. 3–23.
- ohne Verfasser**, Diskussija (Runder Tisch). Mir vstupil v 2000 god (Die Welt ist ins Jahr 2000 eingetreten), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (März 2000) 3, S. 75–82.
- ohne Verfasser**, (Runder Tisch). Dogovor po PRO i posicija Rossii (Der ABM-Vertrag und die Position Rußlands), in: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija*, (April 2000) 4, S. 46–53.
- Pastuchov, Vladimir**, Nacional'nyj i gosudarstvennyj interesy Rossii: igra slov ili igra v slova (Nationale und staatliche Interessen Rußlands: Wortspiel oder Spiel mit Worten), in: *Polis*, (2000) 1, S. 92–96.
- Rodionov, Pjotr**, „Gazprom“ v formirovanii energičeskoj strategii Rossii („Gasprom“ in der Formierung einer Energiestrategie Rußlands), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (März 2000), S. 27–31.
- Samujlov, Sergej**, Posle jugoslavskoj vojny: razmyšlenija o Rossii, SŠA, Zapade v celom (Nach dem Jugoslawienkrieg: Überlegungen über Rußland, die USA und den Westen insgesamt), in: *SŠA–Kanada: Ekonomika, politika, kul'tura*, (März 2000) 3, S. 65–83.
- Semejko, Lev**, Protivoraketnaja oborona i strategičeskaja stabilnost': o realizme očenok (Die Abwehr ballistischer Raketen und die strategische Stabilität: Zum Realismus der Einschätzungen), in: *SŠA–Kanada: Ekonomika, politika, kul'tura*, (Juni 2000) 6, S. 67–76.

SWP Zeitschriftenschau, 1. Halbjahr 2000**Bereits erschienen sind**

- **Alrun Deutschmann / Peter Schmidt, Ist die Vergangenheit unsere Zukunft?** Aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2000, August 2000, 8 Seiten

Aus der Einleitung:

„Den gegenwärtigen Veränderungen in der Weltpolitik nachzuspüren und zu fragen, inwieweit sich nicht nur die Struktur, sondern auch die Gesetzmäßigkeiten der internationalen Beziehungen verändert haben, ist das Hauptthema der hier betrachteten Aufsätze aus dem ersten Halbjahr 2000. Geht das ‘westfälische Zeitalter’ mit dem Staat als dem entscheidenden Akteur der Politik zu Ende? Sind transnationale Unternehmen die neuen Machthaber? Sind in den weiter existierenden internationalen Auseinandersetzungen Sanktionen ein angemessenes und effektives Mittel der Politik? Wie ordnet sich die Europäische Union in diese Entwicklungen ein? Welche Folgen hat die Ausgestaltung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die transatlantischen Beziehungen?

Erstaunlich ist, wie kulturspezifisch die Antworten ausfallen. Es lassen sich deutliche Unterschiede zwischen der Behandlung der Themen in britischen und französischen Fachzeitschriften feststellen, ein Hinweis, der Alyson Bailes’ Sichtweise unterstreicht, daß die europäischen Staaten trotz aller Einigungsbemühungen auffallend heterogene (Sicherheits-)Kulturen haben.“

- **William Richard Smyser, Wechsel ohne Wandel.** Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2000, August 2000, 8 Seiten

Aus der Einleitung:

„In den amerikanischen Fachzeitschriften wirft die Präsidentschaftswahl vom 7. November 2000 ihren Schatten voraus. Prominente außenpolitische Experten, die den Republikanern nahestehen, skizzieren die außenpolitischen Grundsätze einer republikanischen Präsidentschaft, die Demokraten verteidigen die Leistung Bill Clintons und sagen Kontinuität voraus, gleich wer gewinnen mag.“

- **Elke Thiel, Europäische Architektur und Euro-Atlantische Partnerschaft.** Die EU in internationalen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2000, August 2000, 8 Seiten

Aus der Einleitung:

„Osterweiterung, Regierungskonferenz, Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität – die Europäische Union bietet Fachautoren auch im Jahr 2000 ausreichend Stoff. Die hier ausgewählten Beiträge greifen Fragestellungen auf, die im aktuellen

Kontext der Nizza- und Beitrittsverhandlungen weniger behandelt werden. Vorgestellt werden institutionelle Konzepte für die mittelfristige Entwicklung der EU, ein mit Blick auf die Osterweiterung interessantes empirisches Beispiel (Irland) für die erfolgreiche Nutzung der Standortmöglichkeiten kleinerer Randstaaten, Überlegungen zur Gestaltung der EU-Beziehungen jenseits der Erweiterungsgrenzen (Kaliningrad/Rußland), der Vorschlag einer 'Europäisierung' des Balkans sowie Beiträge zu den Herausforderungen der sich verändernden atlantischen Gemeinschaft. Die Themen sind vielfältig; will man sie unter ein gemeinsames Motto stellen, geht es um die Europäische Architektur und die Euro-Atlantische Partnerschaft.“

Wichtige Neuerscheinung zum Thema Rußland

- **Hannes Adomeit, Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin.** Neue Akzente oder gewohnte Großmachtstagnation?, SWP-Studie Nr. 434, September 2000, 147 Seiten

Aus Problemstellung und Schlußfolgerungen:

„Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, eine Bestandsaufnahme und Analyse der gegenwärtigen russischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorzunehmen. Dabei orientiert sich die Untersuchung an fünf Leitfragen: (1) Worin bestehen die konzeptionellen Grundlagen dieser Politik und welchen Stellenwert haben sie? (2) Welche Entwicklungslinien lassen sich aufzeigen? (3) Welche neuen Akzente hat Putin gesetzt? (4) Wie groß sind die Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis, und wie sind sie zu erklären? (5) Inwieweit entsprechen die jüngsten Entwicklungen dem westlichen Interesse an Rußland als einem demokratisch und marktwirtschaftlich verfaßten Staat, der fähig und bereit ist, mit dem Westen zusammenzuarbeiten?“

[...]

„Die Bilanz der Untersuchung läßt sich wie folgt ziehen: (1) Die im Sicherheitskonzept und der Militärdoktrin kodifizierten konzeptionellen Grundlagen sind ernst zu nehmen; hinter ihnen steht der Anspruch auf Bindewirkung, und sie geben Aufschluß über die Auffassungen der Moskauer Machtelite. (2) Die zwischen Theorie und Praxis sowie Anspruch und Wirklichkeit bestehenden Diskrepanzen beruhen im wesentlichen auf den begrenzten wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen des Landes. (3) Einer der Indikatoren für die weite Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist der Grad der Verwirklichung der unter Jelzin eingeleiteten Militärreform. In einigen Bereichen ist sie vorangekommen. Fortschritte gab es bei der Umstrukturierung und Reduzierung der Streitkräfte. Die Streitkräfte sind aber immer noch zu umfangreich, Kompetenzüberschneidungen mit den Sondertruppen bestehen weiterhin und die Verbindung der Militärreform mit dem Aufbau einer zivilen Gesellschaft ist mißlungen. (4) Wirtschaftliche und finanzielle Schwäche erfordern eine klare Prioritätensetzung, die bisher nicht erfolgt ist. (5) Eine umfangreiche Aufstockung der Verteidigungsausgaben ist nicht in Sicht, infolgedessen auch keine umfassende Modernisierung der nuklearen oder konventionellen Streitkräfte. (6) Die russischen Waffenexporte werden vermutlich zunehmen. Dies kann möglicherweise den Rüstungskomplex vor dem Zusammenbruch bewahren, nicht aber eine Gesundung der Wirtschaft bewirken. (7) Es gibt Chancen für eine Zusammenarbeit zwischen Rußland und dem Westen. Bei der Rüstungskontrolle beispielsweise ist Mos-

kau bereit, sich neu vereinbarten Begrenzungen im KSE-Rahmen zu unterwerfen, erklärtermaßen künftig auch in der Flankenregion. Es will außerdem nicht nur die in START II festgelegten, sondern auch die in START III vorgesehenen Obergrenzen bei seinen Reduzierungen berücksichtigen. Ob es allerdings einer Modifikation des ABM-Vertrages zugunsten eines begrenzten amerikanischen Raketenabwehrsystems zustimmen wird, ist ungewiß.“